

Die Förderung digitaler Kompetenzen und Medienbildung in Brandenburg ist eine zentrale Aufgabe der Jugendpolitik

Stellungnahme von Imb – Landesfachverband Medienbildung Brandenburg, Aktion Kinder- und Jugendschutz Brandenburg (AKJS) und GMK – Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (Landesgruppe Berlin-Brandenburg)

Das Brandenburgische Kinder- und Jugendgesetz (BbgKJG) betont die zentrale Bedeutung des Jugendmedienschutzes und der Medienbildung im Aufwachsen junger Menschen. Ebenso wurde in der Digitalisierungsstrategie des Landes als ein zentrales Ziel vereinbart, dass alle Menschen in Brandenburg digitale Technologien souverän nutzen können.

In einer sich ständig verändernden (Medien-)Gesellschaft nehmen die Herausforderungen für eine gute und zukunftsfähige Jugendpolitik weiter zu. Cybermobbing, Desinformation und Hassbotschaften im Netz verbreiten sich schnell. Mit der Verbreitung von Künstlicher Intelligenz kommen neue Herausforderungen auf die Gesellschaft und die Menschen zu. Medienkompetenz umfasst deshalb mehr als nur die Vermittlung technischer Nutzungskompetenzen. Die Förderung von Medien- und Informationskompetenz muss mit politischer Bildung und Jugendmedienschutz verknüpft werden, um kritische Reflexion bei den Menschen, die Medien nutzen, zu fördern.

Diese weitreichende Aufgabe wird in Brandenburg von freien Trägern der **Jugendhilfe** im Rahmen von Projektförderung erbracht. Wichtige Zielgruppen sind Kinder, Jugendliche und Eltern, die außerhalb formaler Bildungsprozesse erreicht werden. Freie Träger sind mit ihrer Expertise inzwischen in der Lage schnell und flexibel - abseits von formalen Bildungsplänen und Curricula - auf neue Entwicklungen in der Medienwelt zu reagieren.

Der Imb – Landesfachverband Medienbildung Brandenburg koordiniert und steuert das Netzwerk von 33 lokalen JIM – Jugend- und Medieninformationszentren und erreicht mit seinen medienpädagogischen Zusatzqualifizierungen seit 2005 jährlich rund 75 Fachkräfte. JIM können jedoch nur in ihrer Kommune wirken, für Anfragen von außerhalb sind sie nicht zuständig. Mit Jumbler (Jugend- und Medienbildung im ländlichen Raum) wurden zusätzliche Möglichkeiten für Fachkräfte der Jugendarbeit geschaffen, sich medienpädagogisch fortzubilden. Die Perspektive der Medienbildung wird in der Jugendarbeit immer wichtiger. Ziel ist die Entwicklung von Selbstbestimmung und Mündigkeit junger Menschen - ohne souveräne Nutzung von Medien ist dies nicht (mehr) möglich.

Die **Aktion Kinder- und Jugendschutz Brandenburg (AKJS)** erreicht mit ihren Fachkräftefortbildungen mehr als 300 pädagogische Fachkräfte und mit ihrem Programm Eltern-Medien-Beratung in Online- und Präsenzveranstaltungen jährlich über 1.000 Eltern landesweit. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zum Jugendmedienschutz und zur Medienerziehung durch die Aufbereitung und Vermittlung von Informationen und Kompetenzen. Hier werden Zielgruppen in Kita, Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit, Ganztagsbetreuung und Hilfen zur Erziehung erreicht. Die Angebote sind schnell ausgebucht, die Nachfrage übersteigt regelmäßig das Angebot. Diese wichtige Arbeit wird geleistet ohne, dass eine kontinuierliche und verlässliche Finanzierung und langfristige Planung gewährleistet ist.

Die Landesgruppe der **GMK – Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur** schafft Vernetzung zwischen Fachkräften der praktischen Medienarbeit, Institutionen und Forschungseinrichtungen und bietet so Austausch und Zugang zu aktuellen Ergebnissen der medienpädagogischen Forschung. 2024 hat die GMK in der bundesweiten repräsentativen Studie des Kompetenznetzwerks Hass im Netz mitgewirkt und auch in Brandenburg dazu Fortbildungen und Informationsveranstaltungen für Fachkräfte angeboten. Die Mitglieder der Landesgruppe haben Anforderungen an die Qualität der Aus- und Fortbildung von Fachkräften erarbeitet.

Außerschulische Angebote der Medienbildung und Jugendmedienschutz werden im Koalitionsvertrag nur am Rande erwähnt. Weder die bisherigen von der Landesregierung unterstützten Programme und Projekte werden genannt noch werden neue, den Entwicklungen angepasste Ziele formuliert.

Wir schlagen deshalb vor,

- die genannten Bildungskonzepte für Kinder, Jugendliche, Eltern sowie **Lehr- und Fortbildungskonzepte** für Fachkräfte weiterzuentwickeln sowie die Bereitstellung von Ressourcen, Freiräumen und Unterstützung für pädagogische Fachkräfte der Jugendarbeit,
- eine strukturelle Verankerung von Medienbildung in allen Bildungsbereichen, nicht nur in der Schule, mit einem Fokus auf **Bildungsgerechtigkeit, digitale Teilhabe und Inklusion**. Dies kann mit der Umsetzung des 18+1 Konzept des Imb e.V. gelingen (pro Landkreis oder kreisfreier Stadt mind. eine kreisweite tätige medienpädagogische Fachkraft + eine Koordinierungsstelle für die Jugendmedienarbeit). Diese Stellen gibt es bereits in zwei Landkreisen (EE und OSL) und haben sich bewährt. Eine landesweite Ausweitung ist überfällig,
- eine **langfristige Finanzierung zur Sicherstellung der Aufgaben** und umfangreicher Fortbildungsangebote für Fachkräfte zu Grundlagen und schnelllebigen aktuellen Entwicklungen in der Medienwelt sowie die Verankerung von Medienpädagogik in der Ausbildung von Fachkräften der Jugend- und Schulsozialarbeit soweit wie möglich,
- eine Erweiterung der Fachstelle der AKJS Brandenburg als **landesweite Anlaufstelle gegen Hass im Netz** zur Beratung von jungen Menschen zu juristischen Fragen, Beweissicherung und psychologischer Hilfe,
- eine **Stärkung der Eltern-Medien-Beratung** als feste Institution in Brandenburg und eine langfristige und sichere Finanzierung über mehrere Jahre,
- die **Förderung digitaler Jugendarbeit**, umso mehr Jugendliche zu erreichen und ein besseres Gleichgewicht zwischen städtischen und ländlichen Regionen zu schaffen.

Fazit: Die Förderung digitaler Kompetenzen und Medienbildung ist in Brandenburg von zentraler Bedeutung, um allen Menschen eine souveräne und selbstbestimmte Nutzung digitaler Technologien zu ermöglichen. Die im KJG geforderten Maßnahmen zum Jugendmedienschutz (§15) und zur Stärkung von Medienkompetenz in Jugendarbeit, Jugendverbands- und -sozialarbeit (§86 Abs.2) sind notwendig. Dies erfordert gut ausgebildete Fachkräfte, eine entsprechende technische Ausstattung der Einrichtungen, langfristig gesicherte Strukturen und gezielte politische Initiativen. Wie im Koalitionsvertrag grundsätzlich verankert sind auch in der Medienerziehung und -bildung Stabilität und Sicherung des Bewährten sowie Offenheit für Innovationen wichtige Grundlagen um den Herausforderungen der digitalen Welt gerecht zu werden.

Wir sind gerne bereit unsere Erfahrungen und unsere Expertise in diesen Prozess einzubringen und gemeinsam mit Ihnen Strategien zur Umsetzung der konkreten Maßnahmen in dieser Legislaturperiode zu diskutieren, die wir hier vorschlagen.

Jessica Euler
Geschäftsführende Referentin
Aktion Kinder- und
Jugendschutz e.V.

Dr. Florian Kerkau
Geschäftsführer
Imb-Landesfachverband
Medienbildung e.V.

Susanne Schmitt
Sprecherin Landesgruppe
GMK-Gesellschaft für Medienpädagogik
und Kommunikationskultur

